



Foto: Eckhard Cullmorgen/Arcais

Soll hier ein Stolperstein liegen? Wohnhaus des DNVP-Fraktionsvorsitzenden Ernst Oberfohren in der Bismarckallee 17 in Kiel

**Torben Gutsche, Philipp Pearson, Timo Scheerer,
Martin Scheil**

„Täter und Opfer zugleich“

**Ein Stolperstein für Ernst Oberfohren? Zwei Stellungnahmen
von Schülern des Gymnasiums Elmschenhagen bei Kiel**

Vorbemerkung

Zwischen 2006 und April 2009 hat der Kölner Künstler Gunter Demnig in Kiel 83 Stolpersteine verlegt, für jüdische Opfer, politisch Verfolgte, Zeugen Jehovas und auch für einen Deserteur. Die Verlegungen initiierten die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und die Arbeitsgruppe Stolpersteine von Ver.di, an der der AKENS beteiligt ist. Die Landeshauptstadt Kiel unterstützt die Initiativen bei ihrer Arbeit, gemeinsam wurde eine Vorbereitungsgruppe ins Leben gerufen, die die Verlegungen koordiniert. Allen Beteiligten ist eine Besonderheit des Kieler Projekts außerordentlich wichtig: die Einbeziehung von Kieler Schülerinnen und Schülern bei der Rekonstruktion der Biografien von Opfern. Motiviert durch engagierte Lehrkräfte recherchierten bereits ganze Schulklassen in Archiven und Bibliotheken und erstellten kurze Lebensabrisse, die als Flyer verteilt und bei der Verlegung verlesen wurden.

In die Vorbereitungsgruppe für die Verlegung des Jahres 2008 war der Vorschlag eingebracht worden, auch den DNVP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Ernst Oberfohren durch einen Stolperstein zu würdigen. Der Vorschlag löste eine kontroverse Diskussion aus. Schließlich behielten wir uns damit, die Frage, ob man für Oberfohren einen Stolperstein verlegen könne, weiterzugeben an eine der recherchierenden Schülergruppen des Leistungskurses Geschichte am Gymnasium Elmschenhagen. Philipp Pearson, Timo Scheerer, Torben Gutsche und Martin Scheil machten sich an die mühevollen Arbeit und trugen in ihrer Freizeit Material über Oberfohren aus Bibliotheken, Archiven und dem Internet zusammen. Am 7. Mai 2008, dem 75. Todestag von Oberfohren, stellten sie der Vorbereitungsgruppe und Kulturdezernent Gert Meyer ihre Ergebnisse vor und sprachen sich für eine Verlegung aus.

Die anschließende Diskussion regte die Schüler zu einer zweiten Recherche an, die insbesondere die Frage klären sollte, ob Oberfohren Antisemitismus vorzuwerfen sei, was eine Ausweitung der Untersuchung auf die Ziele und Verlautbarungen der DNVP in den ausgehenden 1920er Jahren nach sich zog. Im Ergebnis, das sie am 9. Juni 2008 vorstellten, emp-

fahlen die Schüler vorsichtig abwägend, zunächst von einer Verlegung Abstand zu nehmen.

Die beiden Stellungnahmen der Schüler werden hier in gekürzter und redigierter Form wiedergegeben. Die Darstellung will nicht wissenschaftlichen Kriterien Genüge tun, ist aber mit nicht zu erwartender Genauigkeit erarbeitet. Vor allem zeigen die Schüler in der Ausgewogenheit ihres Urteils ein beeindruckendes Reflexionsniveau. Sie würdigen die Problematik, die darin liegt, einer Person zu gedenken, die – wie sie selbst schreiben – „Täter und Opfer zugleich“ war. Damit liefern die Schüler mehr als eine Handlungsempfehlung für die Kieler Stolperstein-Verlegungen. Sie leisten einen Beitrag zur generellen Diskussion über die Verlegung von Stolpersteinen, über Definition und Kategorisierung von Opfern und Tätern und die Chancen und Grenzen heutiger Gedenkkultur.

Johannes Rosenplänter, wissenschaftlicher Archivar am Stadtarchiv Kiel

Erste Empfehlung vom 7. Mai 2008

Der Kölner Künstler Gunter Demnig hat bundesweit schon über 8000 Stolpersteine verlegt [Stand Frühjahr 2008, d. Red.]. Diese Stolpersteine sollen uns an die Menschen erinnern, die den Nationalsozialisten im NS-Regime zum Opfer fielen. Zu den Opfern zählen Juden, Sinti und Roma, Widerstandskämpfer, politisch Andersdenkende, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Behinderte. Die Stolpersteine sollen als Mahnmale dienen, damit die Schicksale dieser Menschen nicht in Vergessenheit geraten.

Wir, der Leistungskurs Geschichte des 12. Jahrgangs am Gymnasium Elmschenhagen, wirken an diesem Projekt mit, indem verschiedene Gruppen zu einzelnen Stolpersteinen Lebensgeschichten und Schicksale recherchieren. Unsere vierköpfige Gruppe hat sich Ernst Oberfohren gewidmet und möchte anhand einiger historischer Quellen klären, ob oder inwieweit ihm ein Stolperstein gewidmet werden sollte, da im Vorfeld kritische Stimmen laut wurden, die ein erneutes Überdenken der Situation in Bezug auf Oberföhrens politische Gesinnung und ein Aufarbeiten der Tatsachen einforderten.

Um ein genaueres Bild von Oberföhrens Denken zu erhalten, müsste man seine gesamten wissenschaftlichen Werke in die Untersuchung mit einbeziehen, doch das würde den Rahmen dieses Schulprojektes sprengen.

Ernst Oberfohren (1881–1933)

Ernst Oberfohren wurde am 15. März 1881 in Dümpten (heute Mülheim an der Ruhr) geboren. Er besuchte bis zum Abitur Ostern 1900 das

Gymnasium in Mülheim. Anschließend besuchte er das königliche Lehrerseminar zu Mettmann (bei Düsseldorf), um Lehrer zu werden.

Nach anfänglichem Dienst in der Volksschule in Mettmann unterrichtete Ernst Oberfohren dann an der dortigen höheren Knabenschule. Ab Ostern 1903 studierte er an den Universitäten Berlin und Bonn die Fächer Philosophie, Germanistik, Theologie und Romanistik, anschließend absolvierte er in Kiel das Studium der Staatswissenschaften.

Den Sommer des Jahres 1905 verbrachte Ernst Oberfohren in Frankreich (zuvor hatte er auch begonnen, Französisch zu studieren). Am 19. Januar 1907 bestand er in Bonn die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Während des Schuljahres 1907/08 unterrichtete er am Evangelischen Pädagogium in Godesberg (Stadtbezirk von Bonn) und am Comeniusseminar in Bonn. An der städtischen Höheren Mädchenschule und am Lehrerinnenseminar in Kattowitz (Schlesien) war er 1908/09 als Studienrat tätig.

In gleicher Eigenschaft kam Ernst Oberfohren 1909 schließlich nach Kiel und unterrichtete hier an der Städtischen Höheren Mädchenschule. Neben seiner Beschäftigung im Schuldienst konzentrierte er sich noch auf weitere Studien. Im Sommersemester 1911 nahm er das Studium der Nationalökonomie bei Bernhard Harms, Ferdinand Tönnies und Bruno Moll auf. Hier knüpfte er an seine früheren Französischstudien an und führte eine größere Untersuchung über das Thema „Die Idee der Universalökonomie in der französischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bis auf Turgot“ durch. Daraus veröffentlichte Oberfohren 1913 einen Abschnitt „Jean Bodin und seine Schule“, den er 1914 als Doktorarbeit einreichte.



Quelle: Stadtarchiv Kiel

Dr. Ernst Oberfohren

Oberfohren widmete sich nun aktuelleren Themen, insbesondere wandte er sich der Tagespolitik zu. Diese „Wandlung“ stand wohl im Zusammenhang mit seiner politischen Orientierung, denn bereits vor 1914 war er Mitglied der Deutschkonservativen Partei geworden und beteiligte sich nun aktiver am politischen Leben. Zudem unterhielt er seit 1918 enge persönliche Kontakte zum „Bund der Landwirte“. Nach der Gründung der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) im November 1918 schloss sich Oberfohren dieser an und wurde für sie Abgeordneter im Wahlkreis 14 (Schleswig-Holstein) in der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Ab 1920 war er Reichstagsabgeordneter. Den Schuldienst quittierte er vier Jahre später, da er sich ganz der Politik verschrieben hatte und sich ihr nun ausschließlich widmen wollte. Anfangs beschäftigte er sich hauptsächlich mit Steuer- und Agrarfragen. Ihm ging es um eine Stärkung der Landwirtschaft, die für ihn das Rückgrat der deutschen Wirtschaft darstellte. Da Oberfohren sich aber auch außenpolitisch immer mehr profilierte, stand er bald an exponierter Stelle seiner Partei, für die er häufig als Sprecher auftrat.

Die letzten Jahre

Oberfohren hatte sich somit in die Spitze der DNVP vorgearbeitet. Bereits 1928 wurde er Vorsitzender des 6. Ausschusses (Steuerfragen) im Reichstag, und noch im selben Jahr wählte ihn seine Partei zum stellvertretenden Vorsitzenden. Am 14. Dezember 1928 hielt Oberfohren im Reichstag eine Rede bezüglich der Finanzpolitik der Regierung und des Young-Plans. Darin übte er scharfe Kritik und sprach sich entschieden gegen den Young-Plan aus, der die deutschen Reparationszahlungen neu regeln sollte.

In der Folgezeit (1929) gab es innerhalb der DNVP teils heftige Machtkämpfe um den Kurs der Partei. Hier stützte Oberfohren den recht harten Oppositionskurs Alfred Hugenbergs gegen den gemäßigten Fraktionsvorsitzenden und Mitgründer der DNVP, Kuno Graf Westarp. Daher wurde Ernst Oberfohren, nachdem Westarp den Vorsitz niedergelegt hatte, am 4. Dezember 1929 dessen Nachfolger als Fraktionsvorsitzender. Doch die Flügelkämpfe in der DNVP waren damit noch nicht ausgefochten, und erst im Jahr 1930 – nach dem Auszug der „Westarp-Gruppe“ – gelang es Oberfohren, die Partei im Sinne Hugenbergs als „geschlossenen Block“ auf einen starren Oppositionskurs festzulegen.

So lässt sich feststellen, dass Oberfohren seine Machtstellung in erster Linie Hugenberg zu verdanken hatte, der ihn stützte, während er in der Partei umstritten war. Oberfohren konnte so auch in Schleswig-Holstein den „Hugenbergkurs“ durchsetzen.

Nachdem die DNVP 1928 in Schleswig-Holstein schwere Wahlverluste hinnehmen musste, begann sie sich von der NSDAP abzugrenzen (1929 kooperierte die DNVP erstmals mit der NSDAP beim Volksbegehren zur Ablehnung des Young-Planes). Diese Auseinandersetzungen wurden hauptsächlich zwischen Oberfohren und Gauleiter Hinrich Lohse geführt. Zunächst ging es ja noch um Wählerstimmen, doch dies änderte sich im Mai 1932. Bei den Wahlen zum Oldenburgischen Landtag bekam die NSDAP 37,2 Prozent der Stimmen und wurde erstmals in einem Landtag stärkste Fraktion (im Mai des folgenden Jahres errang sie bereits 48,5 Prozent und verfügte erstmals über die absolute Mehrheit der Sitze). An dem dort etablierten Regime wurde Oberfohren schnell deutlich, wie willkürlich und skrupellos die Partei in ihrem Wesen war, was ihn weiter in seiner Ablehnung der NSDAP bestärkte. Daher ist es verwunderlich, dass er dennoch Anfang 1933 dem Zusammengehen von NSDAP und DNVP nicht entschieden entgegentrat.

Bereits ab 1931 verlor die DNVP nicht nur viele Wählerstimmen, sondern auch maßgeblich an Bedeutung; besonders gegenüber der NSDAP geriet die DNVP deutlich ins Hintertreffen. Bereits kurz nach der Ernennung des Kabinetts Hitler (nachdem Hitler durch Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden war – 30. Januar 1933) erkannte Oberfohren, dass die Entscheidung für die NSDAP ein fataler Fehler gewesen war. Deshalb entschloss er sich, die Loyalität gegenüber Hugenberg – dem er ja maßgeblich seine Stellung in der DNVP zu verdanken hatte – aufzugeben, nicht zuletzt, da Hugenberg auch weiterhin die Koalition mit Hitlers Partei fortsetzen wollte. Schließlich kam es zur unvermeidlichen Konfrontation zwischen Oberfohren und Hugenberg. Beide versuchten ihren Rückhalt in der Partei zu vergrößern, und bei der Wahl für den Fraktionsvorsitz sprach sich die Fraktion am 22. März 1933 zwar für Oberfohren aus, wandte sich später aber Hugenberg zu, nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse in Deutschland.

Oberfohren, der sich nun als Gegner der Nationalsozialisten zu erkennen gegeben hatte, wurde von da an bespitzelt. Kurze Zeit später, bereits am 26. März 1933, durchsuchte die Polizei unter Bruch der parlamentarischen Immunität sein Berliner Büro und tags darauf seine Wohnung in Kiel in der Bismarckallee 17. Anschließend erfolgte die polizeiliche Vernehmung. Oberfohren bestritt die Vorwürfe und reichte umgehend Beschwerde über die Anschuldigungen sowie das Verhalten und die Vorgehensweise der Polizei ein.

Der erwartete Proteststurm von Seiten seiner Partei blieb aus, und Oberfohren wurde immer mehr deutlich, dass er die Entwicklung in Deutschland zu spät als verhängnisvoll erkannt hatte. Er sah mit Bestür-

Nervenzerrüttung

zk. Berlin, 7. Mai

Sonderdienst der Weser-Zeitung

Der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Oberfohren hat am Sonntag Mittag in seiner Wohnung in Kiel Selbstmord verübt.

Diese Nachricht hat in berliner politischen Kreisen, die Oberfohren früher nahestanden, ganz außerordentliches Bedauern hervorgerufen. Bekanntlich hat Dr. Oberfohren vor etwa 5 Wochen plötzlich sein Mandat im Reichstag niedergelegt und damit gleichzeitig auch das Amt des Vorsitzenden der Deutschnationalen Reichstagsfraktion. Es war dann einige Zeit in der Öffentlichkeit über die Gründe dieses plötzlichen Entschlusses von Dr. Oberfohren nichts mehr zu hören. Auf Grund einer Beratung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde aber vor etwa drei Wochen eine Erklärung bekanntgegeben, die der Führer der deutschnationalen Front, Dr. Hugenberg, in der Sitzung der Fraktion abgegeben hatte. Dr. Hugenberg hatte damals mitgeteilt, dass gegen Dr. Oberfohren von dem preußischen Innenminister Göring eine Hausdurchsuchung eingeleitet worden war und daß Material beschlagnahmt wurde, durch das sich die Absicht Dr. Oberfohrens ergab, gegen die Regierung und damit auch gegen den Führer der Deutschnationalen, vorzugehen. Es wurde damals mitgeteilt, daß

sehr verdächtige Schriftstücke

nach einer eidlichen Aussage der Sekretärin Dr. Oberfohrens von diesem diktirt seien und daß Dr. Oberfohren auch die Anweisung gegeben habe, diese Schriftstücke zu verbreiten.

Nach der Veröffentlichung dieser Erklärung Dr. Hugenbergs in der deutschnationalen Fraktion ist eine weitere Mitteilung in der Öffentlichkeit über die Angelegenheit nicht erfolgt. Man wußte nur, dass Dr. Oberfohren sich in ein Sanatorium begeben hatte und daß er von dort aus im Einvernehmen mit einigen ehemaligen politischen Freunden in seinem Wahlkreis Schleswig-Holstein den Versuch machte, der Erklärung Dr. Hugenbergs entgegenzutreten. Dr. Oberfohren versuchte eine sachliche Klärung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, die er nicht in vollem Maße anerkannte, zu erreichen. Die Verhandlungen darüber konnten bisher nicht abgeschlossen werden. In der letzten Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes ist deshalb auch über die Angelegen-

heit Dr. Oberfohrens nicht gesprochen. Man nahm an, daß Dr. Oberfohren noch längere Zeit im Sanatorium bleiben würde, weil nach Ansicht der Ärzte

seine Nerven völlig zerrüttet

waren; er war den Anforderungen der politischen Auseinandersetzungen, in die er geraten war, körperlich nicht gewachsen. Dr. Oberfohren hat, wie erst heute, nach der Nachricht von dem Selbstmord, bekannt wurde, das Sanatorium vor einigen Tagen verlassen. Er hat dann in Kiel in den letzten Tagen völlig ruhig und ohne äußere Anzeichen von Erregung gelebt. Am Sonntag mittag hat er, als seine Frau ihn für einige Zeit verlassen hatte, plötzlich zur Waffe gegriffen. Man nimmt auch in Kreisen der ihm Nahestehenden in Kiel an, daß er in einem plötzlichen Nervenzusammenbruch die Tat vollbracht hat. Er hatte schon mehrfach vorher über Selbstmordabsichten sich geäußert. [...]

In den maßgebenden deutschnationalen Kreisen ist der Selbstmord Dr. Oberfohrens am Sonntag abend erst in so später Stunde bekannt geworden, daß Äußerungen von dieser Seite noch nicht vorliegen.

Weser-Zeitung (Bremen) Nr. 232 vom 8. Mai 1933

zung, wie sich die Lage in Deutschland zu entwickeln drohte, und hielt sein politisches Lebenswerk für gescheitert. Infolgedessen legte er am 30. März 1933 sein Reichstagsmandat nieder und zog sich verbittert nach Kiel zurück. Seelisch zermürbt und weiteren Angriffen durch die Nationalsozialisten nicht gewachsen, nahm sich Ernst Oberfohren am 7. Mai 1933 gegen Mittag das Leben. Er wurde auf dem Kieler Südfriedhof beigesetzt.

Untersuchung des Tathergangs

Anhand der Polizeiakte im Landesarchiv Schleswig-Holstein lässt sich der „Tathergang“ nachvollziehen, also die Tage von der Bespitzelung über die Durchsuchungen seines Büros und seiner Wohnung bis zur Niederlegung seines Reichstagsmandats. Wann genau die Bespitzelung angeordnet und erstmals durchgeführt wurde, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Wir gehen jedoch davon aus, dass Oberfohren zum Zeitpunkt der Wahl des Fraktionsvorsitzenden am 22. März 1933 bereits bespitzelt wurde. Denkbar wäre sogar ein noch früherer Beginn, vielleicht schon im Februar, nachdem er die Loyalität gegenüber Hugenberg bereits aufgegeben hatte.

Jedenfalls wurden am 26. und 27. März Oberfohrens Büro und Wohnung von der Polizei durchsucht. Ursache für die Anordnung der

Hausdurchsuchung war ein Päckchen, das Oberföhren am Sonntag, dem 26. März am Lehrter Bahnhof in Berlin von einer gewissen Frau Fritsch erhielt. Falls sich Angriffe gegen nationalsozialistische Führer, Hugenberg oder Seldte finden ließen, sei das Paket zu beschlagnahmen, so lautete die genaue Anweisung. Oberföhren fuhr wahrscheinlich an diesem Tag mit dem Zug von Berlin nach Kiel.

Noch am selben Tag wurde in Berlin sein Büro durchsucht, einen Tag später dann – also am Montag, dem 27. März – seine Wohnung in Kiel. Hierbei öffnete Oberföhren das tags zuvor erhaltene Paket vor den Augen des Kriminalsekretärs Jensen und des Assistenten Retzlaff. Das Paket war in einem gewöhnlichen Reisekoffer verstaut gewesen und mit Packpapier eingewickelt. Das Paket war noch versiegelt und wurde nun im Beisein der Polizisten von Oberföhren geöffnet. Die Durchsicht ergab, dass es sich um einen Packen Wertpapiere handelte. Ansonsten befand sich im Koffer nur normaler Reisebedarf. Oberföhren gab an, den besagten Reisekoffer einen Tag zuvor um 12.30 Uhr von Frau Fritsch auf dem Lehrter Bahnhof in aller Öffentlichkeit erhalten zu haben.

Aus dem Durchsuchungsbericht geht weiter hervor, dass sich Oberföhren über das Erscheinen der Polizeibeamten bei ihm sehr wunderte. Auch wies er sie darauf hin, dass er Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei sei und infolgedessen Immunität besitze. Oberföhren erklärte weiter, dass er aufgrund der bei ihm vorgenommen Amtshandlung sofort an den Herrn Reichskanzler telegrafieren werde. In der Vernehmung beteuerte Oberföhren seine Unschuld und bat um Aufklärung über die Vorgänge und die Beschuldigung, die er sich hatte gefallen lassen müssen.

Oberföhren gab zu Protokoll: „Da ich Dinge, die strafbar sein könnten, nicht begangen habe, – was ja wohl selbstverständlich ist – hat man bei mir ebenso selbstverständlich nichts gefunden. [...] Ich führe ferner Beschwerde darüber, dass der Frau Fritsch, die mir das Paket übergeben hatte, in ihrer Vernehmung im Polizeipräsidium Berlin gesagt worden sein soll, sie solle ruhig gestehen, denn ich habe bereits alles gestanden. Diese Angaben habe ich von Frau Fritsch heute morgen telefonisch erhalten. [...] Ich bitte schließlich insbesondere um Aufschluss darüber, wer die Behauptung aufgestellt hat, dass ich gegen die Reichsminister Dr. Hugenberg oder Franz Seldte Material besäße. Wenn mir hierzu von dem Polizeipräsidenten in Kiel [...] mitgeteilt worden ist, die Durchsuchung sei in höherem Auftrage erfolgt und sie beruhe auf einem von mir geführten Telefongespräch, so kann ich dies nur auf das Entschiedenste bestreiten.“

Im weiteren Verlauf der Vernehmung bekräftigte Oberföhren, dass er nicht, wie ihm nämlich auch vorgeworfen wird, in einem Telefongespräch

oder auf anderem Wege den Reichskanzler oder die Reichsregierung in verächtlich machender Weise kritisiert habe. Er gab jedoch zu, in einem Gespräch mit seiner Sekretärin Erstaunen über die Neubesetzung des Kieler Oberpräsidiums geäußert zu haben. Doch immer nur in angemessener Form, also ohne irgendwelche beleidigenden oder verächtlich machenden Zusätze gegen den Reichskanzler oder die Reichsregierung.

Mit der Abschrift der Vernehmung endet das Polizeiprotokoll. Durch diese Vorgänge und durch das gesamtpolitische Geschehen überhaupt wurde Oberföhren immer stärker eingeschüchtert, sodass er nur drei Tage nach seiner Vernehmung am 30. März sein Reichstagsmandat niederlegte und sich immer weiter zurückzog.

Oberföhren im politischen Kontext

Nach Schilderung dieser Ereignisse muss kurz gezeigt werden, was sich in Deutschland seit der Machtergreifung Hitlers geändert hatte, um zu verstehen, wieso Oberföhren, die Politik und alle Gegner der NSDAP den Nationalsozialisten so ausgeliefert waren. Bereits um 1930 funktionierte das System der parlamentarischen Demokratie nicht mehr richtig, weil keine parlamentarische Mehrheit zustande kam und infolgedessen durch die weitreichenden Notverordnungen der Weimarer Verfassung regiert wurde. Die NSDAP, die 1930 in der Reichstagswahl zweitstärkste Partei wurde (Anstieg von 2,6 auf 18,3 Prozent), wurde insbesondere von den konservativen Parteien unterschätzt, die die NSDAP „zähmen“ und sich selbst zu Nutzen machen wollten.

So wurde der NSDAP der Weg zur Reichskanzlerschaft Hitlers am 30. Januar 1933 quasi geebnet, und alle Versuche, gegen sie vorzugehen, scheiterten. Bis Ende März 1933, als Oberföhren sein Reichstagsmandat niederlegte, wurden die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt oder aufgehoben, politisch andersdenkende Menschen und andere Gegner ausgeschaltet und die sog. Reichstagsbrand-Verordnung erlassen, die wesentliche Grundrechte außer Kraft setzte. Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz erlassen, das die legislative Gewalt der Regierung übertrug.

Genau in diesen Tagen wurde Ernst Oberföhren also von den Nationalsozialisten bespitzelt und in Kiel vernommen. Dass er nicht schon früher aus dem Weg geräumt wurde, mag wohl daran liegen, dass er zur DNVP gehörte. Die DNVP hatte ja – genau wie andere konservative Kräfte in der Weimarer Republik – der NSDAP als „Steigbügelhalter“ gedient und wurde aus eben jenem Grund nicht einfach wie andere Parteien (KPD, SPD) zerschlagen; nach Auflösung der DNVP Mitte 1933 wurden die Mitglieder

in die NSDAP eingegliedert. Jedoch nicht Ernst Oberfohren, der ja schon früh die Gefahr erkannt hatte, die von den Nationalsozialisten und ihrer Ideologie ausging. Aus diesem Grund wurde er bespitzelt und wahrscheinlich auch verschiedener Delikte beschuldigt, die er nicht begangen hatte, zum Beispiel die üblen Nachreden über den Reichskanzler.

Natürlich können wir diese Beschuldigungen nicht widerlegen oder gar das Gegenteil beweisen, doch es liegt nahe, dass die Nationalsozialisten die politischen Gegner, zu denen Oberfohren inzwischen zählte, um jeden Preis ausschalten wollten. Und dies stand in jenen Tagen ja auf der politischen Agenda. Bei der Durchsuchung von Oberföhrens Wohnung fand man jedoch kein handfestes Material gegen ihn, das eine Gefängnisstrafe gerechtfertigt hätte. Man darf jedoch nicht vergessen, dass es sich bei Ernst Oberfohren um den (Noch-)Fraktionsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei handelte, der immer noch hohes Ansehen in seiner Partei genoss und folglich nicht einfach beseitigt werden konnte.

Also begnügte man sich mit Repressalien, um Oberfohren in die Ecke zu drängen und aus der Politik zu entfernen. Das erwartete Resultat trat ja auch ein, denn Oberfohren zog sich, nachdem er sein Reichstagsmandat Ende März niederlegte, nach Kiel zurück. Hierzu hatten ihn jedoch nicht nur die Angriffe durch die Nationalsozialisten getrieben, sondern auch die oben genannten politischen Ereignisse trugen dazu bei. Nicht zuletzt, da Ende März noch weitere Gesetze erlassen wurden, so zum Beispiel das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, das die Macht immer mehr in die Hände Hitlers legte.

Auch begannen im April erste Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden, so der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Dies könnte weiter dazu beigetragen haben, dass Oberfohren sich von der Politik distanzierte und sein politisches Lebenswerk als gescheitert betrachtete. Dann verliert sich Oberföhrens Spur für einen ganzen Monat, und erst im Mai wird wieder etwas über ihn bekannt: Er wird am 7. Mai tot in seiner Wohnung aufgefunden.

Zu einem Widerstandskämpfer kann man Oberfohren so kurz nach der Machtergreifung gewiss nicht erklären, vielmehr hat er eine für Deutschland negative Entwicklung befürchtet, an der die Nationalsozialisten erheblichen Anteil hatten. In dieser Annahme sah er sich nun aufgrund der politischen Ereignisse im März/April 1933 bestätigt.

Ergebnis

Nun haben wir Oberföhrens Leben eingehend betrachtet und anhand einiger Quellen den Hergang der Ereignisse sowohl politischer als auch priva-

Das Geheimnis um Oberfohren

Zz. Der 7. Mai 1933 ist ein Sonntag. Dr. Ernst Oberfohren, jahrelang Vorsitzender der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, verbringt ihn in seinem schönen Haus in Kiel. Seit Wochen schon hat er Kiel nicht verlassen. Seit Tagen scheint ein schwerer Druck auf ihm zu lasten. Gegen 1/2 10 Uhr vormittags hat Dr. Oberfohren mit seiner Frau gefrühstückt. Mit der Hausjoppe bekleidet, hat er sie dann zur Gartenpforte geleitet und ist danach in sein Haus, in sein Arbeitszimmer, zurückgekehrt, während Frau Oberfohren mit der Strassenbahn zu ihrer Mutter fährt. In der Küche bereitet das Dienstmädchen indessen das Essen. Gegen 12 Uhr mittags klingelt das Telephon. Das Mädchen geht an den Apparat und erhält die Nachricht, dass Frau Oberfohren soeben ihre Mutter verlassen habe. Das Mädchen solle das Essen vorbereiten und den Herrn Doktor benachrichtigen. Das Mädchen geht in den ersten Stock zum Herrn des Hauses hinauf. Sie ruft: „Herr Doktor!“ Sie öffnet die Türen und findet ihn in seinem Schlafzimmer auf dem Divan liegend mit geschlossenen Augen. Schläft er? Von der Tür her ruft sie wieder: „Herr Doktor! Herr Doktor!“ Sie bekommt keine Antwort. – Der Herr kann ruhig noch etwas schlafen, denkt sie und geht wieder hinunter in die Küche. Nach einer Weile springt sie nochmal die Treppe hinauf. Sie öffnet die Schlafzimmertür behutsam; sie blickt hinüber zu dem Kopf des Herrn, der tief in den Kissen liegt. Ist das Gesicht nicht merkwürdig gelb? Sollte der Herr Doktor krank sein? Ist er vielleicht besinnungslos, – das Mädchen bekommt es mit der Angst. Sie macht die Tür schnell zu, läuft die Treppe hinunter, aus dem Haus, die Strasse hinunter zur Trambahn-Haltestelle und begegnet unterwegs schon Frau Oberfohren. Mit fliegendem Atem teilt sie ihr ihre Beobachtungen mit, und nun eilen beide Frauen voller Angst nach Hause. Während das Mädchen den Hausarzt telephonisch benachrichtigt, hört sie oben einen markerschütternden Schrei ihrer Herrin:

„Er ist schon tot ...“

Der Arzt kommt. Aus einer kleinen Wunde in der rechten Schläfe des auf dem Diwan ruhenden Toten rieselt Blut. Die rechte Hand Dr. Oberföhrens hält eine Automaticpistole umklammert. Tatbestand: Selbstmord. Die Polizei kommt. Es werden Vernehmungen angestellt. Das Dienstmädchen wird besonders eingehend verhört. Was hat Dr. Oberfohren in den letzten Tagen vor seinem Selbstmord getan? Hat er Besuche empfangen; war jemand am Tage seines Todes in seinem Haus? – Nein, es war niemand da. Niemand hat auch telephoniert. Das Mädchen und der Herr

waren allein im Hause, nachdem Frau Oberfohren zu ihrer Mutter gefahren war. Das Mädchen wirtschaftete in der Küche. Es ging einmal in den Keller. Möglicherweise, dass in diesem Augenblick der tödliche Schuss fiel. Sie hat ihn nicht gehört. [...]

Nichtsdestoweniger tauchten sehr bald im Auslande Gerüchte auf, die behaupteten, dass Dr. Oberfohrens Tod von einem kriminellen Geheimnis umgeben sei. Sein Freitod wurde als Agitationsmittel gegen die Reichsregierung und die NSDAP benutzt. Die gegen Deutschland eifrig tätigen Agenten der Hetzpropaganda behaupteten, dass Dr. Oberfohren zum Selbstmord gezwungen worden sei. Ein SA-Kommando habe ihm zehn Minuten Zeit zum Selbstmord gelassen und so lange vor seiner Schlafzimmertür gewartet. Eine andere Version ging dahin, dass Dr. Oberfohren ermordet worden sei. Im sogenannten Braunbuch heisst ein Passus: „Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Oberfohren hat nach den Wahlen vom 5. März, als die Nationalsozialisten Stück um Stück der deutschnationalen Position an sich rissen, den Kampf der Deutschnationalen und des Stahlhelms gegen Hitler zu organisieren versucht. Als Vertrauter Hugenberg war er über alle Vorgänge im Kabinett genau unterrichtet. Er legte sein Wissen über die Vorbereitungen zum Reichstagsbrand in einer Denkschrift nieder, die er an seine Freunde versandte. Wenige Tage darauf spielte ein deutschnationaler Abgeordneter, der später zu den Nationalsozialisten übertrat, der Geheimen Staatspolizei die denkschrift Oberfohrens in die Hände. Mit diesem Tage begann die Hetzjagd auf den Verfasser. Dr. Oberfohren wurde am 7. Mai in seiner Wohnung tot aufgefunden. Der Polizeibericht behauptete, Oberfohren habe Selbstmord verübt. Die amtliche Mitteilung hob besonders hervor, dass in der Wohnung Oberfohrens keinerlei Dokumente gefunden worden seien. In Wirklichkeit wurde Oberfohren von den Nazis ermordet. Alle für die Hitler-Regierung kompromittierenden Papiere wurden von den Mördern Oberfohrens geraubt.“ Die angebliche Denkschrift ist an den letzten Verhandlungstagen im Reichstagsbrandprozess mehrfach erwähnt worden, und um ihre Behauptungen zu widerlegen, werden Reichsminister Goebbels, Ministerpräsident Göring, die Polizeipräsidenten Heines und Graf Helldorf, sowie der Oberleutnant a.D. Schulz vernommen.

Wie steht es nun mit dieser Denkschrift Oberfohrens?

Kurz gesagt: Sie existiert nicht. Sie existiert auch im Ausland nicht.

Berliner Tageblatt Nr. 493 vom 20.10.1933.

ter Natur nachvollzogen. Sollte Oberfohren also vor seinem letzten Wohnsitz in der Bismarckallee 17 einen Stolperstein von Gunter Demnig gelegt bekommen?

Abschließend die Tatsachen betrachtend, denken wir, dass Ernst Oberfohren einen Stolperstein insofern „verdient“ hat, als dass er zu den frühen Opfern des Nazi-Regimes zählt, auch wenn er nicht direkt von ihnen getötet wurde. Vielmehr haben sie ihn in den Tod getrieben, nicht nur indem sie die Macht in Deutschland an sich rissen, sondern indem sie ihm psychisch immer mehr zusetzten, ihn durch Bespitzelung und polizeiliche Aktionen in die Ecke drängten und er sich schließlich zurückziehen musste.

Verbittert und weiteren Angriffen durch die Nationalsozialisten nicht gewachsen, nahm er sich schließlich das Leben. Somit fällt Ernst Oberfohren gewissermaßen in die Kategorie der politisch Andersdenkenden und hätte folglich einen Stolperstein verdient. Jedoch war Oberfohren auch Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, die mit der NSDAP eine Zeit lang kooperierte. Doch auch hier kann man die Zweifel, die man an Oberfohren haben könnte, ausräumen, da Oberfohren den Quellen nach die Gefahr, die die Nationalsozialisten und insbesondere Hitler mit sich brachten, schnell erkannte und sich von deren Politik distanzierte; nicht zuletzt deswegen gab er die Loyalität gegenüber Hugenberg auf. Er hat ja sogar vor ihnen gewarnt und wurde schließlich selbst Opfer.

Letzlich sprechen wir uns also dafür aus, dass Dr. Ernst Oberfohren einen Stolperstein „verdient“ hat, und wir hoffen, dass er vor seiner letzten Wohnstätte in Kiel einen Stolperstein bekommen wird, sobald Gunter Demnig Kiel das nächste Mal besucht.

Zweite Empfehlung vom 9. Juni 2008

In diesem zweiten Teil unserer Abhandlung über die Frage, ob Ernst Oberfohren einen Stolperstein verdient hat, möchten wir uns besonders auf eine Frage konzentrieren, die bei dem Gespräch am 7. Mai aufkam: War Oberfohren ein Antisemit?

Während unserer Recherche und der sich anschließenden Diskussion wurde schnell klar, dass der „Fall Oberfohren“ durchaus grenzwertig ist. Von Anfang an hatte er sich für die DNVP entschieden und stützte jahrelang den recht harten Oppositionskurs seines Parteifreundes Alfred Hugenberg nicht nur gegen den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Kuno Graf Westarp, sondern auch gegen die Demokratie – gegen die Weimarer Republik.

Erst als diese beinahe am Ende war und sich die gesamten Grausamkeiten, die die Nationalsozialisten mit sich brachten, offenbarten, wurde Ober-

föhren bewusst, dass seine bisherigen Entscheidungen als gänzlich falsch zu betrachten seien. Die Nationalsozialisten hatte er selber völlig unterschätzt und auch nicht damit gerechnet, dass sich die Lage in Deutschland in diese Richtung entwickeln würde. Als Hugenberg dann weiterhin mit Adolf Hitler kooperieren wollte und dabei nicht bemerkte, wie seine eigene Partei immer weiter an Wählern und somit an Einfluss verlor, zog Oberföhren den Schlussstrich, auch wenn ihm bewusst war, dass er seine wichtige Stellung innerhalb der Partei Hugenberg zu verdanken hatte.

Kann man einem solchen Gegner der Republik, der erst zum Schluss, als es schon zu spät für eine Abwendung war, das wahre Ausmaß erkannte und sich gegen die Nationalsozialisten stellte, einen Stolperstein zugestehen?

Im ersten Teil unserer Ausarbeitung kamen wir zum Entschluss, dass Ernst Oberföhren durchaus einen Stolperstein vor seiner letzten Wohnstätte in Kiel verdient hat, nicht zuletzt, da er sich letztlich ganz offensichtlich gegen die neuen Machthaber wandte und vor ihnen warnte. Auf jeden Fall fällt Oberföhren in die Kategorie der politisch Verfolgten und erfüllt somit die Kriterien für die Zuerkennung eines Stolpersteines. Doch dies führt nun zu unserer aktuellen Fragestellung: War Ernst Oberföhren ein Antisemit?

Wäre dies der Fall, so wären die bisherigen Ergebnisse und Untersuchungen zu diesem Sachverhalt hinfällig, da es aus ethischen Gründen nicht tragbar wäre, einem Antisemiten einen Stolperstein zu gewähren. Zudem erscheint dies besonders unverhältnismäßig, wenn man bedenkt, dass normalerweise politisch unbeteiligten Opfern oder bewussten Widerstandskämpfern ein Stolperstein gewidmet wird. Deshalb werden wir im anschließenden Teil untersuchen, ob Ernst Oberföhren ein Antisemit war.

Untersuchung

Zuerst sei gesagt, dass es sich bei dieser Untersuchung um eine sehr schwierige und langwierige handelte, da Informationen zu genau dieser Frage kaum verfügbar waren: War Oberföhren ein Antisemit – ja oder nein? Während unserer Suche nach verwertbaren Fakten konzentrierten wir uns deshalb besonders auf die Reichstagsreden, die Oberföhren in seiner Amtszeit hielt, da es uns am wahrscheinlichsten erschien, hier Aufschluss über seine Einstellung gegenüber „Angehöriger anderer Rassen“ und natürlich Juden zu erhalten. Besonderes Augenmerk legten wir auf die Datenbanken des Bundesarchives („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“) und der Bayerischen Staatsbibliothek.

In der Datenbank der Bayerischen Staatsbibliothek sind alle Reichstagsreden aufgeführt, so auch die Oberföhrens, der bis zu seiner Mandatsniederlegung fast 270 Mal das Wort ergriff. Wir lasen bzw. überflogen alle

Reden und entschieden uns anhand der Titel für erfolversprechende, die Auskunft über Oberföhrens Einstellung geben könnten. Der erhoffte Fund einer geeigneten Rede blieb jedoch aus. Es festigte sich allerdings unser Bild von einem republikfeindlich gesinnten Mann.

Oberföhren war ein Nationalist, der sich wieder ein deutsches Kaiserreich herbeiwünschte, und daraus machte er keinen Hehl. Dies drückte er in seinen Reichstagsreden mehr oder weniger radikal aus. In einer ungewöhnlich langen Rede spricht sich Oberföhren beispielsweise energisch für die Existenz der deutschen Flotte aus, die damals bedroht war - nicht nur durch den Versailler Vertrag, sondern auch durch die Reichstagsabgeordneten, die den Etat nicht mehr bewilligen wollten. Für ihn war die Flotte ein Machtsymbol. Er sagte: „[...] Wir brauchen die Marine, um den deutschen Namen in der Welt wieder zur Geltung zu bringen [...]“. Die DNVP wolle der Welt zeigen, dass Deutschland noch existiert. Dies zeigt abermals die Haltung Oberföhrens, der genau wie alle Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen den Versailler Vertrag und seine umfangreichen Einschränkungen protestierte.

Zudem haben wir die anscheinend einzige freiverfügbare Audiodatei von Ernst Oberföhren gefunden. Bei dieser Rede handelt es sich augenscheinlich um die Ansprache zur Reichstagswahl – wahrscheinlich von 1928 – und sie führt Oberföhrens Einstellung zur Demokratie noch einmal drastisch vor Augen: „Die DNVP ist heute die einzige und alleinige Trägerin eines aktiven, zielklaren Monarchismus wie sie die einzige Partei ist, die die Farben Schwarz, Weiß, Rot, ihre Tradition und die mit ihnen verbundenen politischen Zielsetzungen hochhält und verfißt. Mit der Staatsidee, die uns erfüllt, ist die Monarchie im Sinne der Wiederaufrichtung eines Hohenzollern Kaisertums unlöslich verbunden. Der Eigenart unserer geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes am meisten entsprechend, verbürgt nach unserer unerschütterlichen und gerade in der nachrevolutionären Zeit besonders gefestigten Überzeugung, die Monarchie am sichersten Wohlfahrt und Einheit des Volkes vor allem auch die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung.“

Durch Millionen deutscher Herzen, die wie durch eine unheilvolle Misswirtschaft herbeigeführte herbe Not, seelisch und körperlich zermürbt, weht heute die heiße Sehnsucht gerade nach diesen Gütern. Der Blick dieser Millionen richtet sich von selbst in jene glücklichere Zeit, da ein deutsches Kaisertum Glück und Wohlfahrt aller Volksschichten verbürgte und da der Aar des deutschen Handels bis an die Enden der Erde flog. Noch ist unser zerrütteter Staat nicht wieder reif für den Thron, aber Aufgabe der DNVP soll es sein, unser Geschlecht einer Krone wieder würdig zu machen. Schlicht Erfüllung am monarchischen Gedanken nicht

zuletzt auch gegenüber der Jugend ist edelster Dienst am Volke. Diesen Dienst zu leisten, sieht die DNVP als ihre geschichtliche Berufung an.“

Um jedoch keinen falschen Eindruck von Oberfohren entstehen zu lassen, muss man sagen, dass die große Mehrheit der Reden, die Oberfohren hielt, von anderen Themen handelte. Sein Gebiet waren vor allem die Finanzen und die Wirtschaft. Er beschäftigte sich deshalb hauptsächlich mit Steuer- und Agrarfragen und hielt infolgedessen fast nur Reden zu diesen Sachverhalten. Die Akten der Reichskanzlei bestätigen diesen Eindruck. Doch finden sich dort zum Beispiel auch gemeinsame Briefe von Oberfohren und Hugenberg an den Reichskanzler, die somit einen interessanten Einblick in das damalige politische Leben gewähren.

Dennoch lassen sich keine Hinweise finden, die einen dazu veranlassen könnten, Oberfohren als einen Antisemiten zu bezeichnen. In keiner der durchgesehenen Reden oder Protokolle lassen sich explizit antisemitische Äußerungen herauslesen. Jedoch bleibt einem auch der Unterton der Reden nicht verborgen, auch wenn es sich hierbei nur um einen vagen Eindruck handelt. Dennoch wissen wir nicht sicher, wie Oberfohren zu dieser Frage stand.

Doch muss man natürlich bedenken, dass Oberfohren lange Zeit Mitglied, ja sogar Fraktionsvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei war. Also muss sein Gedankengut ja mit den meisten Programmpunkten der DNVP übereinstimmen. Und als Fraktionsvorsitzender muss er eigentlich Verfechter aller Programmpunkte sein. Zu den Programmpunkten der DNVP gehörte u. a. im Jahr 1920: Innenpolitische Forderungen: Interessenvertretung der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie; Wiederherstellung der Monarchie; Forderung nach starker Exekutive (Reichspräsident); Unabhängiges Berufsbeamtentum; „Starkes deutsches Volkstum“ gegen den „undeutschen Geist“ und „gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft der Juden in Regierung und Öffentlichkeit“. Eines der Programmziele ist ganz eindeutig antisemitisch geprägt, will es doch die Juden – in welcher Art und Weise auch immer – ausgrenzen. Die Frage, die sich nun stellt, lautet, inwieweit Ernst Oberfohren hinter diesem Programmpunkt steht.

Wir können die Frage, ob Oberfohren ein Antisemit war, also nicht zufriedenstellend klären. Dazu blicken wir abschließend auf Oberfohrens Leben. Hierzu kann man auch den ersten Teil unserer Ausarbeitung hinzuziehen. In der Gesamtheit aller Fakten und Handlungen von und über Ernst Oberfohren lässt sich wohl sagen, dass er Täter und Opfer zugleich war.

Er war durch seine Taten innerhalb der DNVP indirekt nicht nur am Scheitern der Weimarer Republik, sondern auch am Erstarken der Nationalsozialisten mit schuld, hätte er doch schon früher reagieren und aktiver

gegen die nationalistische Bewegung vorgehen können. Jedoch muss man sich auch in die Person Ernst Oberfohrens hineinversetzen. Bereits Ende 1932/Anfang 1933 sah er sich einer riesigen nationalistischen Bewegung mit Hitler an der Spitze gegenüber, die angsteinflößend und respekttheischend zugleich war. In Anbetracht dieser Tatsachen ist es überhaupt schon bemerkenswert, sich gegen die Nazis zu wenden.

Dennoch können wir uns in der Frage nach einer möglichen antisemitischen Einstellung Oberfohrens nicht sicher sein. Ein Irren in diesem Fall ist für uns moralisch nicht tragbar, wenn man bedenkt, dass insbesondere auch für jüdische Opfer Stolpersteine gelegt werden.

Angesichts der neuen Erkenntnisse schlagen wir vor, dass Ernst Oberfohren erst dann einen Stolperstein bekommt, wenn anhand von Quellen bewiesen ist, dass er kein Antisemit war.

Quellen und Literatur

Diverse Akten aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein (Schleswig); Online-Ressource „Verhandlungen des Deutschen Reichstags und seiner Vorläufer“ (betrieben von der Bayerischen Staatsbibliothek), www.reichstagsprotokolle.de (24.11.2009); Ernst Oberfohren, Jean Bodin und seine Schule. Untersuchungen über die Frühzeit der Universalökonomik. Kiel 1914; ders., Die Idee der Universalökonomie in der französischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bis auf Turgot. Jena 1915; ders., Französische Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels. Jena 1916; ders., Deutschnationale Steuerpolitik. Berlin 1924; ders., Deutschnationale Steuerpolitik und Mittelstand. Berlin 1925; ders., Auf zur Opposition. Berlin 1928; ders., Kampfprogramm der Deutschnationalen Volkspartei. Berlin 1930. Als biografische Porträts vgl. Peter Wulf, Ernst Oberfohren und die DNVP am Ende der Weimarer Republik. In: Erich Hoffmann/Peter Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich.“ Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983, S. 165-187; Walter Braeuer, Ernst Oberfohren. In: Hans-Friedrich Rothert (Hg.), Kieeler Lebensläufe aus sechs Jahrhunderten. Neumünster 2006, S. 248f.

Die Autoren

Torben Gutsche, Jahrgang 1990, derzeit Zivildienstleistender
Philipp Pearson, Jahrgang 1988, derzeit Zivildienstleistender
Timo Scheerer, Jahrgang 1989, derzeit Zivildienstleistender
Martin Scheil, Jahrgang 1990, absolviert derzeit ein duales Studium zum Wirtschaftsinformatiker